Anlage 1 zur Stellungnahme des Landeskitaelternbeirats des Landes Brandenburg

Musterelternbeitragsordnung – Verbesserungsvorschläge

1. Elternbeitragspflichtige

Kritikpunkt:

Die Musterelternbeitragsordnung bestimmt nicht ausdrücklich die Beitragspflichtigen.

Vorschlag:

Als Beitragspflichtige sollten die Personensorgeberechtigten wie folgt bestimmt werden:

„Elternbeitragspflichtige sind die Personensorgeberechtigten, mit denen das Kind in einem Haushalt lebt und auf deren Veranlassung das Kind die Kindertagesbetreuung in Anspruch nimmt. Lebt das Kind mit mehreren Personensorgeberechtigten in einem Haushalt, so haften diese als Gesamtschuldner.

Betreuen die Personensorgeberechtigten das Kind in der Weise, dass es in etwa gleich langen Phasen abwechselnd jeweils bei dem einen und dem anderen Elternteil lebt (sog. Wechselmodell gemäß der Definition des Bundesgerichtshofs), sind beide Personensorgeberechtigte beitragspflichtig.“

2. Maßstab für den Elternbeitrag

Kritikpunkt:

Die Regelung unter § 2 differenziert nicht danach, ob die Eltern bzw. Personensorgeberechtigten im Haushalt des Kindes leben. Maßstab kann aber tatsächlich nur das Einkommen der Personensorgeberechtigten sein, mit denen das Kind in einem Haushalt lebt. Einkommen von Personensorgeberechtigten, die nach dem sog. Residenzmodell nicht im Haushalt des Kindes leben, darf nicht zu einer Haftung des betreuenden Elternteils für einen Beitrag bemessen nach gemeinsamen Einkommen führen, da dieser Elternteil üblicherweise weder Einfluss auf das Einkommen des anderen hat noch über dieses Einkommen im Rahmen eines gemeinsamen Haushalts (mit-)verfügen kann. Der betreuende Elternteil kann aber regelmäßig über den Barunterhalt des anderen verfügen, so dass es sachgerecht ist, dass bei dem Einkommen getrennt lebender Personensorgeberechtigter nur auf das Einkommen des betreuenden Elternteils bzw. des Elternteils abzustellen, in dessen Haushalt das Kind lebt.

Im Fall des Wechselmodells, bei dem das Kind in beiden Haushalten lebt, wird es sachgerecht sein, beide Einkommen unabhängig voneinander zu veranschlagen, da es auch hier, wie beim Residenzmodell keine gemeinsame Haushaltsplanung oder -führung gibt, die eine (gemeinsame) Haftung für ein gemeinsames Einkommen rechtfertigen könnte. Anders als beim gemeinsamen Haushalt und anders als beim Residenzmodell gibt es für beide Personensorgeberechtigten jedoch keine Ersparnisse in Form nur eines Hausstands oder Einnahmen in Form von Barunterhalt, so dass es sozialverträglich sein sollte, für die im Wechselmodell betreuenden Eltern eine Beitragsermäßigung zu regeln. Da die von beiden zu zahlenden Elternbeiträge in der Summe auch in keinem Fall die umlagefähigen Platzkosten übersteigen dürfen, sollte hier eine Ermäßigung von jeweils 50 % geregelt werden. Angesichts der mit dem Wechselmodell verbundenen zusätzlichen Kosten der häuslichen Betreuung in Form von doppelter Haushaltsführung für das Kind, scheint dies auch nicht unangemessen zu sein.

Daher schlagen wir folgende Regelung vor:

„Maßstab für die Höhe der Elternbeiträge ist das Einkommen der Personensorgeberechtigten, die mit dem Kind in einem Haushalt leben. Leben die Personensorgeberechtigten gemeinsam

im Haushalt des Kindes, ist ihr gemeinsames Einkommen Maßstab für die Höhe der Elternbeiträge. Wird das Kind im Wechselmodell betreut, sind beide Personensorgeberechtigten unabhängig voneinander nach ihrem jeweiligen Einkommen beitragspflichtig, wobei der Beitrag jeweils um 50 % ermäßigt ist.“

3. Einkommensbegriff

Kritikpunkt:

Der in der Musterelternbeitragsordnung geregelte Einkommensbegriff nach EStG ist zu weitgehend, da er unter anderem Einkünfte aus privaten Veräußerungsgeschäften (§ 23 EStG) umfasst. Solche Einkünfte festzustellen, kann nicht Aufgabe der Einrichtungsträger sein. Im Übrigen bietet die Musterelternbeitragsordnung keine oder keine genaue (Alternative mit Pauschalen) Vorgabe zur Ermittlung des Nettoeinkommens auf Basis des Bruttoeinkommens nach EStG.

Vorschlag:

Da die KitaBBV für die Feststellung der Eigenschaft als Geringverdiener bereits den Einkommensbegriff nach § 82 SGB XII regelt, ist es nur naheliegend und zweckmäßig, diesen Einkommensbegriff auch generell für die Ermittlung der Beiträge zu regeln.

4. Einkommensnachweise

Kritikpunkt:

Die Musterelternbeitragsordnung enthält keine Vorgaben, anhand welcher Nachweise das Einkommen zu welchem Zeitpunkt zu ermitteln sein soll. In der Praxis bereitet es große Probleme, das aktuelle Einkommen der Eltern zu ermitteln, da rechtskräftige Einkommensteuerbescheide oder Steuerbescheide über andere Einnahmen, als üblicherweise einzig verlässlicher Nachweis über das Einkommen, oft erst Monate oder Jahre nach dem Erhebungszeitraum vorliegen. Wie das Einkommen bis zur Vorlage der Bescheide zu ermitteln ist, sollte auf jeden Fall einheitlich empfohlen werden.

5. Höhe des Elternbeitrags

Die Ermittlung der Höchstbeiträge sollte, wie in der Alternative angeführt, unter Berücksichtigung der sechs Personalschlüssel gem. § 10 KitaG erfolgen. Diese Schlüssel dienen der Ermittlung der zuschussfähigen Kosten nach § 16 Abs. 2 KitaG. Nach der Systematik des KitaG, das nicht zwischen angemessenen Kosten gegenüber der öffentlichen Hand und angemessenen Kosten gegenüber den Eltern unterscheidet, können daher die beitragsfähigen Kosten auch nur unter Ansatz dieser Schlüssel ermittelt werden. Das KitaG sieht zudem keine unterschiedlichen Zuschüsse für unterschiedliche verlängerte Betreuungszeiten vor, sondern nur einen Zuschuss für verlängerte Betreuungszeit vor, gleich, um wieviel länger diese ist. Dies wird auch vom Ministerium für Bildung, Jugend und Sport so vertreten. Dem vorgenannten Argument folgend, kann der Höchstbeitrag also auch nur generell für verlängerte Betreuungszeiten gelten, gleich, wie lang diese sind. Der Höchstbeitrag bzw. 100 % können daher also nur bei der längsten angebotenen Betreuung, gleich, ob z.B. 8 oder 10 Stunden, angesetzt werden. Für die Betreuung bis 8 Stunden wäre nach diesem Beispiel dann ein pauschaler Abschlag möglich.

Für den Ansatz von 100 % für die verlängerte Krippenbetreuung und pauschalen Abschlägen davon für die Kindergarten- und Hortbetreuung sehen wir im Gesetz hingegen keine Grundlage.

6. Beitragstabelle

Aus unserer Sicht ist es zwingend geboten, im Zusammenhang mit bzw. in einer Musterbeitragsstabelle unmissverständlich darauf hinzuweisen, dass der angesetzte Höchstbeitrag und die sich daraus ergebenden gestaffelten Werte nur als Beispiel zu verstehen ist. Angesichts der häufigen Unsicherheiten im Umgang mit dem KitaG steht ansonsten zu befürchten, dass Träger die beispielhaft angeführten Beträge für ihre Einrichtung ansetzen, ohne sich vorher zu vergewissern, dass die Höchstbeiträge die auf einen Betreuungsplatz entfallenden verbleibenden rechnerischen Betriebskosten ihrer Kindertagesstätten in der Gemeinde gemäß § 17 Abs. 2 S. 3 KitaG nicht übersteigen.

Die Kennzeichnung als Muster, wie in der hier abgebildeten Tabelle, wäre eine Möglichkeit, Missverständnisse zu vermeiden.

Tabelle 1 - Elternbeiträge für die Betreuung im Krippenalter					
Einkommensgruppen (€)		Betreuungszeiten			
		bis 6 Stunden	6-8 Stunden	8-10 Stunden	
0,00	bis 20.000,00	0	0	0	
20.000,01	bis 22.500,00	11	12	12	
22.500,01	bis 25.000,00	23	24	25	
25.000,01	bis 27.500,00	34	35	37	
27.500,01	bis 30.000,00	45	47	49	
30.000,01	bis 32.500,00	56	59	61	
32.500,01	bis 35.000,00	68	71	74	
35.000,01	bis 37.500,00	79	82	86	
37.500,01	bis 40.000,00	90	94	98	
40.000,01	bis 42.500,00	101	106	111	
42.500,01	bis 45.000,00	113	118	123	
45.000,01	bis 47.500,00	124	129	135	
47.500,01	bis 50.000,00	135	141	148	
50.000,01	bis 52.500,00	146	153	160	
52.500,01	bis 55.000,00	158	165	172	
55.000,01	bis 57.500,00	169	177	184	
57.500,01	bis 60.000,00	180	188	197	
60.000,01	bis 62.500,00	191	200	209	
62.500,01	bis 65.000,00	203	212	221	
65.000,01	bis 67.500,00	214	224	234	
67.500,01	bis 70.000,00	225	235	246	
70.000,01	bis 72.500,00	236	247	258	
72.500,01	bis 75.000,00	248	259	270	
75.000,01	bis 77.500,00	259	271	283	
ab 77.500,01		270	283	295	